

Datenschutzhinweise für LABCO GmbH & LABCO BTC GmbH

Informationspflichten

Verantwortliche/r im Sinne der DSGVO

LABCO GmbH
Alfred-Nobel-Straße 15
27612 Loxstedt-Stotel
Deutschland
Telefon: +49 4744 - 913 93 - 0
Telefax: +49 4744 - 913 93 - 11
E-Mail: info@labco.de
Homepage: www.labco.de

Kontakt zum Datenschutzbeauftragten

scope & focus Service-Gesellschaft mbH
Leonhardtstraße 2
30175 Hannover

Telefon: 0511 / 364 221-0
Fax: 0511 / 364 221-99
Homepage: www.scope-and-focus.com
E-Mail: information@scope-and-focus.com

Zweck und Rechtsgrundlagen für die Datenverarbeitung

Eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist nur zulässig, sofern Sie einem bestimmten Zweck dient und auf einer Rechtsgrundlage beruht. Der Zweck sowie die einschlägige Rechtsgrundlage für die konkrete Verarbeitungstätigkeit ist dem Betroffenen in transparenter Weise zum Zeitpunkt der Erhebung mitzuteilen.

Zweckänderung

Die Verwendung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken als dem Erhebungszweck ist nicht zulässig.

Ihre Rechte als Betroffener

Auskunft, Berichtigung und Löschung

Sie haben im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen jederzeit das Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO) über Ihre gespeicherten personenbezogenen Daten, deren Herkunft und Empfänger und den Zweck der Datenverarbeitung. Gegebenenfalls haben Sie ein Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO) Ihrer Daten. Sie haben ein Recht auf Löschung Ihrer Daten, sofern die Voraussetzungen des Art. 17 DSGVO vorliegen und keine gesetzlichen Aufbewahrungsfristen oder sonstige rechtliche Gründe entgegenstehen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Wenn Sie die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten eingeschränkt haben, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Europäischen Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Widerspruchsrecht gegen die Datenerhebung in besonderen Fällen sowie gegen Direktwerbung

Wenn die Datenverarbeitung auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO erfolgt, haben Sie jederzeit das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Die jeweilige Rechtsgrundlage, auf denen eine Verarbeitung beruht, entnehmen Sie dieser Information. Wenn Sie Widerspruch einlegen, werden wir Ihre betroffenen personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DSGVO).

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, um Direktwerbung zu betreiben, so haben Sie das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht. Wenn Sie widersprechen, werden Ihre personenbezogenen Daten anschließend nicht mehr zum Zwecke der Direktwerbung verwendet (Widerspruch nach Art. 21 Abs. 2 DSGVO).

Recht auf Datenübertragbarkeit

Sie haben gemäß Art. 20 DSGVO das Recht, Daten, die wir auf Grundlage Ihrer Einwilligung oder in Erfüllung eines Vertrags automatisiert verarbeiten, an sich oder an einen Dritten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format aushändigen zu lassen. Sofern Sie die direkte Übertragung der Daten an einen anderen Verantwortlichen verlangen, erfolgt dies nur, soweit es technisch machbar ist.

Widerruf Ihrer Einwilligung zur Datenverarbeitung

Sie können eine bereits erteilte Einwilligung jederzeit formlos widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung bleibt vom Widerruf unberührt.

Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Im Falle von Verstößen gegen die DSGVO haben Sie gemäß Art. 77 DSGVO das Recht sich bei der zuständigen Aufsichtsbehörde zu beschweren. Das Beschwerderecht besteht unbeschadet anderweitiger verwaltungsrechtlicher oder gerichtlicher Rechtsbehelfe. Sie können die zuständige Aufsichtsbehörde unter dieser Internetseite einsehen:

https://www.bfdi.bund.de/DE/Infothek/Anschriften_Links/anschriften_links-node.html

Sie können Ihre Beschwerde jedoch bei einer beliebigen Behörde einreichen. Dieses gilt unabhängig eventueller Zuständigkeitsregeln.

Diese Hinweise entsprechen dem Rechtsstand vom 25. Mai 2018. Wir behalten uns vor, unsere Datenschutzhinweise an Änderungen in Vorschriften oder der Rechtsprechung anzupassen.

Angaben für „Betreiben von Videoüberwachungsanlagen“

nach Art. 13 DSGVO

Zweck der Verarbeitung

Prävention und Aufklärung von z.B.:

- Diebstahl
- Einbruch
- Vandalismus
- Personenschäden
- Unfällen

Absicherung der Rechtsverfolgung

Ausüben des Hausrechts

Kontrolle von Anlieferungen

Rechtsgrundlage

- Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO

Die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen erforderlich.

Berechtigtes Interesse

Prävention und Aufklärung von z.B.:

- Diebstahl
- Einbruch
- Vandalismus
- Personenschäden
- Unfällen

Ausüben des Hausrechts

Absicherung der Rechtsverfolgung

Kontrolle von Anlieferungen

Weitere Ausführungen siehe Erfassungsbogen Videoüberwachung.

Kategorien von Empfängern

Auftragsverarbeiter (Kategorie)

- Softwarebetreiber / -hersteller (Synective Systemhaus GmbH & Co KG)
- Wartung der IT (Synective Systemhaus GmbH & Co KG)

Speicherdauer

- 10 Tage. (Zweck: Es sollen auch lange Wochenende und einwöchige Betriebsruhen erfasst werden)

Pflicht zur Bereitstellung von Daten

Pflicht des Verantwortlichen

- gesetzliche Vorschrift: Im Rahmen von evtl. Ermittlungen

Pflicht des Betroffenen

Angaben für „Betreiben von Videoüberwachungsanlagen“

nach Art. 13 DSGVO

- gesetzliche Vorschrift: ggf. Ermittlungsbehörde
- vertragliche Vorschrift: Arbeitsvertrag

Folgen der Nichtbereitstellung

Betreten des Betriebsgeländes nicht möglich.